

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
Postcheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Die Verhandlungen mit den Metall-Industriellen

Unsere Leser wurden durch einen längeren Aufsatz in der Nr. 43 davon unterrichtet, daß der Vorstand des DMV unterm 12. Oktober eine Eingabe an den Gesamtverband Deutscher Metall-Industrieller gerichtet hat. In dieser Eingabe wendet sich der Vorstand gegen die neuesten Lohnabbauversuche der Metall-Industriellen und verlangt dabei eine gezielte Verkürzung der Arbeitszeit mit angemessenem Lohnausgleich.

Auf die Eingabe hin haben am 3. November Verhandlungen zwischen Vertretern des DMV und den Metall-Industriellen stattgefunden. Diese waren vertreten durch den Geheimrat v. Borsig und Dr. Lotz, jener durch seine Vorstandsmitglieder Brandes, Metz und Schliestedt, zu denen sich noch Vertreter von den Christlichen Kollegen und dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein gesellten.

Als Begründer der Eingabe führte Kollege Brandes an, daß die meisten Lohnabkommen in der Metallindustrie gekündigt worden seien, um die bereits dreimal verminderten Löhne abwärts zu senken. Durch die Lohnsenkung sollte nach Angabe der Unternehmer die Wirtschaft wieder in Gang gebracht werden. Das habe sich als eine Illusion erwiesen; die Wirtschaft sei, wie die Gewerkschaften vorausgesagt hätten, noch ärger versumpft. Dennoch beabsichtigten die Unternehmer, ihre verhängnisvolle Lohnpolitik weiter zu treiben, also das Wirtschaftselend noch zu steigern. Davor müsse gewarnt werden. Andererseits müsse, wie Brandes weiter darlegte, die Arbeitszeit verkürzt werden. Die 40-Stunden-Woche als normale Arbeitszeit sei gerade für die Metallindustrie unbedingt geboten. Werde die Arbeitszeit gebührend verkürzt, so verbiete sich schon aus diesem Grunde ein weiterer Lohnabbau. Die Bezahlung der besonders schlecht entlohnten Hilfsarbeiter könne unmöglich noch weiter verringert werden.

Herr v. Borsig wendete ein, daß die Industrie sich in einer derart fürchterlichen Lage befinde, daß die Gesteungskosten unbedingt gesenkt werden müßten. Wenn z. B. nach Senkung der Lohnsumme von 1 Million auf 750 000 M die so gesparten 250 000 M sofort zu neuen Aufträgen für Maschinen usw. verwendet würden, würden dadurch neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen. v. Borsig erklärte weiter, er sei kein Gegner der Tarifverträge, ein Zwangsvertrag aber sei kein Tarifvertrag. Wir würden schnell zu vernünftigen Verhältnissen in der Metallindustrie kommen, wenn die Verbindlichkeitserklärung verschwinde. Eine schematische Neuregelung der Arbeitszeit lehne er ab; den Betrieben müsse hier eine gewisse Freiheit eingeräumt werden. Es werde heute im Maschinenbau im Reichsdurchschnitt ja auch nur 39 Stunden gearbeitet. Die gewerkschaftliche Forderung sei daher erfüllt.

Der andere Unternehmensvertreter, Dr. Lotz, gab ebenfalls an, die Industriellenverbände seien tarifreudlich, nur dürfe sich der Tarifgedanke nicht zur Besoldungsordnung auswaschen. Die Selbstkosten der Industrie seien festgefroren, es bleibe daher in erster Linie der Lohn, bei dem die Gesteungskosten verringert werden müßten. Alles, was nach 1927 an Lohnerhöhungen durchgesetzt worden sei, sei unverantwortlich gewesen. Es müsse daher eine „Rückorientierung“ zu den Löhnen von 1927 kommen.

Um das Verhandlungsergebnis klar herauszustellen, schlug Brandes vor, zu vereinbaren, daß

1. die 40stündige Arbeitszeit als die normale anerkannt wird, und daß dort, wo über 40 Stunden geschafft wird, solange Entlassungen unterbleiben, bis diese Arbeitszeit erreicht ist; daß ferner dort, wo schon unter 40 Stunden geschafft wird, diese solange nicht verlängert werden, bis noch Arbeitslose in größerer Zahl in dem Beruf vorhanden sind;

2. weil in der Metallindustrie bereits eine dreimalige Lohnherabsetzung (Tariflohn, Leistungszulagen, Akkorde) stattgefunden hat und der Verdienst bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 39 Stunden ohnehin zu gering ist, ein Waffenstillstand in der Lohnfrage eintritt.

Hierauf erklärte die Unternehmenseite, bezüglich der Lohnfrage habe sie keine Vollmacht, die Frage des Lohnes müsse jetzt ausgetragen werden; es sei nutzlos, immer neue Versuche zu machen, den Lohnabbau zu verhindern. Die Gewerkschaften seien schuld, daß im vorigen Jahre eine Lohnkürzung von 15 vH verhindert worden ist. Über die Frage der Arbeitszeitverkürzung ließe sich jedoch reden. Der Vorstand der Metallindustriellen werde diesbezügliche Schritte schon in aller nächster Zeit tun.

Das die Verhandlung und ihr Ergebnis. Wir haben von beiden nur stichwortartig berichtet, weil die gegenseitigen Meinungen in den zur Erörterung stehenden Fragen hier als bekannt vorausgesetzt werden können. Und das Ergebnis entspricht dem, was auf gewerkschaftlicher Seite erwartet wurde, nämlich herzlich wenig. In der Verhandlung wurde es abermals handgreiflich, daß die Unternehmer den Lohnabbau weiter betreiben wollen, und sie führen hierfür wieder an, daß sie dadurch die Gesteungskosten senken und so die Wirtschaft ankurbeln wollen. Demnach ist alle üble Erfahrung mit der Lohnsenkung umsonst gemacht; mithin sind die Unternehmer noch immer nicht von dem scheußlichen Wahn geheilt, mit der Verminderung des Einkommens der Masse, mit dem Totschlag von Millionen Käufern den Warenabsatz heben, die Wirtschaft wieder in Gang bringen zu können.

Man sollte meinen, daß es selbst vom kapitalistischen Standpunkt äußerst geboten wäre, mit dem Wahnwitz baldigst aufzuhören und andre Wege der Wirtschaftsbelebung zu beschreiten. Allein, unsere genialen Wirtschaftsführer wissen weiter nichts anderes mehr als Lohnraub. Sie glauben sich nur dadurch am geschäftlichen Leben erhalten zu können, daß sie ihre Kunden massenhaft und vollends lebensunfähig machen. Darin besteht die ganze Genialität der Wirtschaftsführer. Sie sind eben geistig bankrott. Daß die Gewerkschaften alles aufwenden werden, um den Wahnwitz zu dämpfen, ist selbstverständlich.

Der tödliche Kreislauf

Daß der Kapitalismus, kraft der ihm innewohnenden Eigenschaften, Bahnen einschlagen muß, die zuletzt ihn selbst zugrunde richten, wissen wir als Marxisten seit Jahrzehnten. Daß er mindestens vor einem Jahr, mit dem Beginn der offenen brutalen Lohnsenkung, in das letzte Kapitel dieser Entwicklung eingetreten ist, hat die Metallarbeiter-Zeitung wiederholt nachgewiesen. Es ist ein Kreislauf, und ein tödlicher Kreislauf von der Lohnsenkung her, die den Profit steigert und dies zu nächst auch tut, über die Absatzstocung zu Verlusten, damit zur Profiteinbuße, zu abermaliger Lohnsenkung, und so weiter, aber leider nicht nur bis zum Untergang des Kapitalismus, sondern — wenn nicht rechtzeitig der Übergang zum Sozialismus erfolgt — bis zum Stillstand der Produktion, zur Auflösung aller Wirtschaft und Kultur, zum Massensterben der Millionen.

Wir wissen, daß es vor einem Jahre so manchen gab, vermutlich auch unter unseren Lesern, der uns solch düstere Prophezeiung nicht glauben mochte, der sie für Übertreibung hielt. Aber wie stehen denn heute die Dinge, ein knappes Jahr nach jenem berühmten Schiedsspruch, der den Berliner Metallarbeitern „nur“ 6 vH Lohnkürzung auferlegte? Nicht einen Augenblick hat die Lohnkürzung seitdem stillgestanden, Riesenausmaße hat sie angenommen, immer zu dem ausgesprochenen Zweck, die Betriebe „rentabel“ zu machen. Nach Milliarden berechnet die Statistik die Summen, die den Arbeitern, Angestellten, Beamten durch den Lohnabbau verloren gegangen sind. Allein für die Industriearbeiter — also ohne Landwirtschaft, ohne Handel, Verkehr, Schifffahrt, ohne die Angestellten, ohne die Beamten — hat Kuczynski für die zwei Jahre vom Juli 1929 bis August 1931 einen Verlust von 9 Milliarden Mark durch Lohnentzug ermittelt. Diese Summen sind den Arbeitern weniger ausbezahlt worden; die Unternehmer haben sie in der Tasche behalten, angeblich als neugebildetes Kapital, um die Produktion zu vergrößern und Arbeitslose einzustellen. Auf alle Fälle haben sie dadurch ihren Profit vermehrt. Und der Erfolg? — Eine lange Reihe von gewaltigen Pleiten, wie sie die Welt noch nicht gesehen und nie für möglich gehalten hätte. Die ältesten, solidesten, angesehensten Unternehmungen wackeln oder sind schon zusammengebrochen.

Jetzt sind wieder zwei an der Reihe, Schultheiß-Patzenhofer und AEG, wovon die letztere die Metallarbeiter nahe angeht. Immerhin ist auch der Zusammenbruch von Schultheiß höchst bemerkenswert, weil die Brauereien bisher noch am besten standgehalten hatten. Daß auch hier jetzt der Pleitegeier seinen Einzug hält, beweist das rasend schnelle Tempo des Niedergangs selbst dann, wenn persönliches Verschulden der Direktoren hinzukommt.

Doch wie stehts um die AEG? Man hört, sie habe beträchtliche Verluste erlitten, und die Direktion selbst sagt in ihrer öffentlichen Gegenerklärung nur, „der Rückgang des Umsatzes habe den von der Verwaltung geschätzten Umfang nicht überschritten“, und die Reserven seien ausreichend. Das genügt, mehr als das anzunehmen

ist gar nicht nötig. Es sind also Verluste da, wozu brauchte man sonst die Reserven?

Über die Art dieser Verluste nun sind in der Presse Mitteilungen erschienen, in deren Einzelheiten wir uns nicht vertiefen wollen, solange sie nicht beglaubigt sind. Aber alle Verluste rühren letzten Endes von mangelndem Absatz her. Da soll z. B. die AEG Bergmann-Aktien gekauft haben zum Kurse von 200 vH, während der Kurs jetzt nur noch 37 vH beträgt. Da sollen BEW-Aktien mit 171 vH zu Buche stehen, die jetzt an der Börse mit 50 vH zu haben sind. Da hat die Firma Dr. Paul Meyer, die fast ganz zu den Aktiven der AEG gehört, einen Millionenverlust erlitten. Große Verluste sollen durch die Pfundentwertung in England und Südamerika eingetreten sein usw.

Wie gesagt, wir können uns für die Richtigkeit all dieser Angaben im einzelnen nicht verbürgen. Es ist möglich, daß sie hier oder da noch korrigiert werden. Aber sicher nur die Höhe der Summen, nicht die Art des Verlustes. Weshalb z. B. sind die Bergmann-Aktien in der Bewertung an der Börse so kolossal gesunken? Weil heutzutage viele Leute ihre Bergmann-Aktien verkaufen möchten, aber niemand sie kaufen will. Und weshalb will sie kein Mensch kaufen? Weil die Geschäfte bei Bergmann schlecht gehen, weil man befürchtet, er werde keine Dividende zahlen, vielleicht gar Bankrott machen. Ebenso sind die Verluste bei Dr. Paul Meyer und anderen zurückzuführen auf die Unmöglichkeit, ihre Fabrikate in genügender Menge zu verkaufen.

Nun gehören die Produkte der Elektrizitätsindustrie — wie übrigens auch die der Brauereien — zu den Waren, die eigentlich jedermann braucht. Bis ins kleinste Dorf hinein ist heute die elektrische Kraft- und Lichtversorgung verbreitet. Und wenn da der Absatz in solchem Maße abnimmt, daß das zu Riesenpleiten führt, dann kann es nur daran liegen, daß alle Welt den Verbrauch einschränkt. Die Masse der Verbraucher kauft offenbar überhaupt fast nichts mehr an elektrischen Apparaten. Warum nicht, das ist leicht zu erraten: sie haben kein Geld, weil sie arbeitslos sind, oder weil ihnen die Löhne gekürzt sind, oder weil sie nur kurze Zeit arbeiten.

Da haben wir ihn auf der flachen Hand, den tödlichen Kreislauf, in den uns das Kapital stürzt: in bester Geschäftszeit, bei hohen Profiten (1927/28) waren die Profite doch nicht hoch genug, um für die Bedürfnisse des Kapitals auszureichen. Um sie zu steigern, begann es die Löhne zu senken. Das wirkliche Arbeitseinkommen ist in Deutschland bereits seit 1928, lange vor der sogenannten Krise, ununterbrochen gesunken. Damals betrug es im Durchschnitt 42,70 M die Woche, heute nur noch 28,50 M. Die unausbleibliche Folge ist, daß die große Masse nicht mehr genug kaufen kann, um den kapitalistischen Unternehmungen auch nur den Bestand zu sichern.

Aber nun keine falschen Einbildungen: das Kapital kann nichts anderes tun, als die Löhne immer noch tiefer zu senken.

Zusammenfassung der Kräfte! Oder weitere Verelendung

In der Ausgabe vom 31. Oktober wird in einem Aufsatz über: Verstärkung durch Vereinigung von einem namhaften Gewerkschafter der dringliche Wunsch ausgedrückt, die drei Gewerkschaftsrichtungen sollten sich möglichst eng zusammenschließen, um ihre Kräfte zu steigern. Zu diesem Vorschlag sind uns ein paar Zuschriften zugegangen. Wir geben heute die erste wieder.

Betrachtet man kühl die heutige Lage der Arbeiter, so möchte man fast alle Hoffnung sinken lassen. Wir sehen die Arbeiterschaft und ihre Organisationen in einer Verteidigungsstellung, unausgesetzt versuchend, das in Jahrzehnten Errungene festzuhalten, wobei Teilstücke trotz zähesten Widerstandes verloren gehen.

Die völlige Ausplünderung der Arbeiterschaft und ihre politische Entrechtung ist das Ziel, dem alle kapitalistischen Kreise rücksichtslos zustreben. Das Bedauerlichste hierbei ist, daß, bewußt oder unbewußt, zahlreiche Arbeiter ihren Erzfeinden Gefolgschaft leisten, also daß sich diese Arbeiter selbst ihren Schlächtern ausliefern.

Wie verkehrt die Einstellung der Unternehmer, der Brüning-Regierung und der Schlichter gerade auf dem Gebiete des Lohnabbaues ist, braucht an dieser Stelle nicht dargelegt zu werden. Diese Herrschaften sind von der Verkehrtheit ihres Handelns so leicht nicht zu überzeugen, deshalb werden sie überzeugt werden müssen. Sie können indessen nur durch elementaren Druck von der Arbeiterseite überzeugt werden. Einen solchen von der nötigen Stärke vermag aber nur eine einheitlich handelnde Arbeiterschaft zu entfachen.

Diese Binsenwahrheit ist es wohl auch, die dem Verfasser des Aufsatzes in Nr. 44 der MZ: Verstärkung durch Vereinigung! die Feder geführt hat. Er

hat die Notwendigkeit der Vereinigung vortrefflich begründet. Wer lange in der Gewerkschaftsbewegung mitarbeitet, wer täglich ihre Entwicklung, ihren Aufstieg und Erfolge wie ihre Niederlagen und deren Ursachen verfolgt hat, wird zu keinem andern Schlusse kommen: daß nur dann, wenn die Arbeiterschaft die in ihr ruhenden Kräfte zusammenfaßt und eine einzige willensstarke Macht zu bilden sich bestrebt, sie ihre jetzt tollwütigen Feinde zur Reason bringen kann.

Aus der Vergangenheit sollten wir lernen. Welche Rolle spielt heute in der Gewerkschaftsbewegung noch der Kampf um die „Richtungen“? Früher dröhnten in unserer Bewegung die Schlachtrufe: Hie freigewerkschaftlich! hie christlich-sozial! hie Hirsch-Duncker! Um diese Losungen ist in Tausenden von Gewerkschaftsversammlungen bis zum Kriege gestritten worden, und der Streit wurde zuweilen mit „schlagenden Beweisen“ ausgetragen. Und heute? Bei Tarifbewegungen, bei Vertretung der Arbeiterrechte, bei Angriffs- oder Abwehrbewegungen haben sich die drei Richtungen längst — vielfach nicht dem eigenen Triebe, sondern harter Not gehorchend — zusammengefunden, beraten und gemein-

Aus dem Inhalt

	Seite
Der tödliche Kreislauf — Zusammenfassung der Kräfte!	325
Kommunistische Lügenbeuterei — Das böse Gewissen	326
Lied der Arbeiterkinder — Um 18 Wohlfahrtsgrößen	327
Wie die Kluft beseitigen — Entrechtung der Bedürftigen	328
Die Aktion der drei Gewerkschaftsrichtungen — Für die 40-Stunden-Woche — Es gibt Unterschiede	329
Die Unterschrift — „Stottern“ ist nicht so leicht — Schriftschau	330

Kommunistische Lügenbeutelei

„Der Vorstand (des DMV) hat dutzende Male die Mitgliedsbeiträge erhöht, der Vorstand hat wiederholt die Unterstützungssätze herabgesetzt, ja der Vorstand hat sogar bestimmt, daß überhaupt keine Unterstützungen bei großen Streiks gezahlt werden, aber derselbe Vorstand darf die zu hohen Beiträge nicht herabsetzen. Ferner durfte der Vorstand seine Gehälter erhöhen. Dieselben betragen heute bis über 700.— M im Monat, und dazu kommen noch für einige Vorstandsmitglieder, die Reichstagsabgeordnete sind, pro Monat 600.— M Diäten, und außerdem kann sich der Vorstand, wie dies bereits geschehen, statt 12 Monatsgehälter noch ein 13. Monatsgehalt im Jahre bewilligen, dies ohne die Mitglieder zu fragen...“

Dazu ist zu bemerken:

1. Noch nie ist vom Vorstand, noch von sonst jemand im DMV, beschlossen worden, bei großen Streiks überhaupt keine Unterstützung zu zahlen.

2. Noch nie hat der Vorstand beschlossen, die Mitgliedsbeiträge zu erhöhen oder die Unterstützungssätze herabzusetzen, schon weil der Vorstand das nach dem Verbandsstatut gar nicht darf. Die Herabsetzung der Unterstützungssätze, die vor ein paar Monaten vorgenommen wurde, um die Finanzkraft des DMV für die großen drohenden Kämpfe auf der Höhe zu halten, hat nicht der Vorstand beschlossen, sondern der erweiterte Beirat.

3. Es ist im DMV kein Vorstandsmitglied, daß „heute bis über 700 M im Monat“ Gehalt bezieht, und hat nie ein gegeben. Selbst die höchsten Vorstandsgehälter liegen heute, dank der Nothilfe für die erwerbslosen Mitglieder, wesentlich unter den statutarischen Sätzen.

4. Die zwei dem Reichstag angehörenden Vorstandsmitglieder verfügen nicht über 600 M Reichstagsdiäten im Monat; von ihren Diäten liefern sie erhebliche Beträge an die Partei und Wahlkreise ab.

5. Der Vorstand des DMV hat sich nie ein 13. Monatsgehalt bewilligt, noch nicht einmal daran gedacht, wie ein Blick in das Verbandsstatut diesen Gedanken gar nicht aufkommen läßt.

Das sind ein paar wirkliche „Tatsachen über den DMV“. Sie sind übrigens jedem Mitgliede, das sich nur ein bißchen um den Verband und sein Statut kümmert, wohl bekannt. Dessenungeachtet haben wir diese Tatsachen hier angeführt, um zu zeigen, wie hanebüchen von den Agenten Moskaus gelogen wird, um die Einheitsfront der Metallarbeiter gerade jetzt zu erschüttern, wo sie die Einheitsfront am nötigsten haben.

Die kommunistischen Agenten sagen sich, wenn die Einheitsfront jetzt nicht zerstört wird, könnten womöglich gar die tollen Anschläge des Unternehmertums von den Arbeitern abgeschlagen werden. Das aber wollen, das müssen die Agenten Moskaus um jeden Preis verhindern. Sie werden bezahlt für die Zersplitterung und Schwächung der Gewerkschaftsbewegung; sie leben von dem Elende der Arbeiterschaft. Sie müssen sich ihren Sold verdienen; sie wollen sich ihre Nahrung erhalten. Darum die Lügen über die Gewerkschaften und den DMV. Das sollte beim Lesen der kommunistischen Presse und beim Anhören der Agenten Moskaus nie außer acht gelassen werden.

sam gehandelt. Sie taten das, weil sie mußten, weil über den „Richtungen“ die Gemeinschaftssache steht. Warum nun nicht das, was die Not erzwingt, freiwillig tun? Warum warten, bis es zu spät zur Verstärkung durch Vereinigung sein kann? Gewiß, und der Streik dieser Zellen weiß es sehr wohl, daß diese Vereinigung nicht von heute auf morgen zustandekommen kann. Immerhin aber kann und sollte ein beherzter Anfang damit gemacht werden. Es gibt dazu mehrere Wege. Der eine geht über die Spitzen der drei Richtungen, der andre über die Vorstände der Verbände. Und wenn beide Wege gemeinsam beschritten werden würden, wäre das wahrhaftig kein Nachteil.

Die gewerkschaftlichen Richtungen gehen, wie gesagt, heute schon zusammen. Allein, welche Schwächung ihres Gewichts liegt nicht schon darin, daß sie eben als „Richtungen“ vor ihren gemeinschaftlich, einheitlich auftretenden Gegnern erscheinen! Und damit ist die Schädigung der Richtungen noch nicht beendet. Die Richtung, die jeweils die wenigsten Mitglieder hat, wird in der Regel bei der Aufstellung von Forderungen, bei der Beschlußfassung von Maßnahmen gegen Angriffe der Unternehmer sich bemühen, die radikalste zu sein. Nicht deshalb, weil sie innerlich von der Berechtigung des Radikaleins überzeugt ist, nein, weil sie sich bei den Arbeitern vor, während und nach der Aktion als „die einzig richtige Richtung“ aufspielen will. Daß das der proletarischen Kraftentfaltung nicht förderlich sein kann, versteht sich am Rande.

Aber die vielen und schweren Schäden der Richtungen sind jedem halbwegs kundigen Gewerkschafter wohl bekannt. Jeder hat sie schon vielfach verflucht und nach ihrer endlichen Unterbindung verlangt. Zu dem ersten Schritt, dem schwersten, gehört etwas Wagemut. Der Stärkere sollte den Anfang machen, und er darf die Stimmung der Schwächeren nicht übergehen. In dem Wirtschaftsbeirat sitzen die Vertreter aller Gewerkschaftsrichtungen beisammen. Ich glaube, daß diese Körperschaft wenig, nein gar nichts Ersprießliches für die Arbeiterschaft zeitigen wird. Und ebenso bin ich überzeugt, daß alle die Gewerkschaftsvertreter in dem Wirtschaftsbeirat ehrlich bestrebt sind, nicht nur den Arbeitern wirklich zu helfen, sondern daß sie auch danach trachten, ihr Tun und Trachten auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Hier im Wirtschaftsbeirat sind die Gewerkschafter nicht Vertreter dieser oder jener Richtung, sondern kurz und trefflich Vertreter der Arbeiterschaft: Vertreter der Arbeiter gegenüber der Vetretertschaft der Unternehmer und der Regierung. Was so die Eigenart der Lage mit sich bringt, müßte, so möchte man meinen, auch freiwillig.

Die eine Organisation der Arbeiter eines Berufes oder einer Industrie muß endlich entstehen. Sie ist das unaufschiebbare Gebot der Stunde. Ob die eine oder die andre Organisation einige hundert oder tausend Mitglieder mehr in einem Betriebe hat, ist von platter Nebensache neben der unerbittlichen Notwendigkeit, der einheitlichen und schlagfertigen Organisation. Den allen Arbeitern gemeinsamen Gegner gilt es zu schlagen, und das kann, wie die Dinge heute liegen, nur durch die gemeinsame Organisation aller Richtungen gelingen.

Es hat für die Gewerkschaftsbewegung noch nie eine Zeit gegeben, wo so viel für sie auf dem Spiele stand, wie heute. Und es hat noch nie eine Stunde gegeben, wo die organisierte Arbeiterschaft die völlige Einigkeit so nötig hat, wie jetzt. Über den ungeheuren Ernst der Stunde dürfte sich wohl kaum ein Gewerkschafter im Unklaren sein. Wenn aber diese Stunde ein schwaches, kurzsichtiges, zögerndes Geschlecht finden sollte, dann wird die Arbeiterschaft um die Früchte jahrzehntelangen Ringens betrogen werden. Betrogen durch eigne Kurzsichtigkeit!

Der Zeiger steht bedenklich nahe auf Zwölf. Die Anregung des Kollegen in Nr. 44 der MZ möge eine Sache zur Verwirklichung bringen, wofür es höchste Zeit ist. Die einzelnen Richtungen der Arbeiterbewegung mögen einsehen, daß die Vereinigung aller Arbeiter zur gemeinsamen Abwehr der drohenden Gefahren das Gebot der Stunde ist.

Schon der offiziell bekundete Wille, diesen Weg zu beschreiten, würde dämpfend auf die Scharfmacher wirken, die vollendete Tatsache die Arbeiterschaft unüberwindlich machen.

K. V.

Der Tribut an den inneren Erbfeind

Der Stahlwerksverband in Düsseldorf, das Kartell und die zentrale Verkaufsvereinigung für die deutsche Eisenindustrie, legt jetzt, reichlich verspätet, seinen Bericht für das Jahr 1930 vor. Der Stahlwerksverband muß in diesem Bericht schlimme Tatsachen registrieren. Die Rohisenerzeugung ist im Jahre 1930 gegenüber dem Vorjahr um 3,7 Millionen Tonnen = 27,7 vH zurückgegangen, die Stahlgewinnung um 4,7 Millionen Tonnen = 29 vH. Der Gesamtabsatz hat sich um 2,45 Millionen Tonnen = 28,4 vH verringert. Dabei ist folgender Unterschied zu beobachten: der Inlandsabsatz verringerte sich um 1,81 Millionen Tonnen = 31,1 vH, der Auslandsabsatz um 642 000 Tonnen = 23 vH. Im vorigen Jahr hat man den Auslandsabsatz noch um rund 235 000 Tonnen gegenüber dem Jahr 1928 steigern können.

Das sind immerhin Tatsachen, die das Eisenkartell bewegen mußten, sich über die gegenwärtige Situation ein wenig den Kopf zu zerbrechen. Die Herren Syndizi im Stahlwerksverband halten das anscheinend für recht unnötig. Sie behelfen sich mit einer Fiktion: Sie sagen in ihrem Bericht, „daß der von der Regierung eingeleitete Bewegung des Kosten- und Preisabbaus kein Erfolg beschieden sein könnte, weil nicht gleichzeitig eine Senkung der öffentlichen Ausgaben und damit der Selbstkosten erfolgte.“

Man muß schon zugeben, daß das recht dumm ist, und daß, wenn man dem Schreiber dieser Sätze mal richtig auf den Zahn fühlen wollte, er selbst wohl nicht wissen wird, was er damit eigentlich sagen will. Die Dinge liegen doch so, daß die Löhne, einmal die Tariflöhne, des anderen aber die effektiven Löhne, in der Eisenindustrie stark abgebaut worden sind. Das hätte wohl zu einer merklichen Senkung der Eisen- und Stahlpreise führen können. Diese merkliche Senkung ist aber nicht eingetreten — und wie konnte ja auch nicht eintreten.

Um den Export zu fördern, wird das deutsche Eisen im Inlande immer noch mehr als doppelt so teuer verkauft als im Auslande. Das Inland bezahlt das Eisen für das Ausland. Nehmen wir an, daß irgendein Fabrikant eine neue Maschine fabrizieren will. Wenn er sie in Deutschland fabriziert, hat er mit dem teuren Eisen zu rechnen. Dieser Fabrikant wird wahrscheinlich nach dem Auslande gehen und dort seine Maschine

Es wird uns geschrieben:

Das Unternehmertum holt zu einem vernichtenden Schlage gegen die Arbeiterschaft aus. Hierbei sind, wie immer, die Metallindustriellen die Antreiber. Die Kündigung von Tarifverträgen für 600 000 Metallarbeiter beweist das zur Genüge. Der Haß der Metallindustriellen richtet sich vor allem gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Denn nur diese starke und festgefügte Gewerkschaft ist imstande, die Lohnraubgelüste der Industriellen zu dämpfen. Das wissen auch die Agenten Moskaus.

Deren einzige Sorge scheint jetzt zu sein, der Metallarbeiter-Verband könnte auch gegen den neuesten Lohnraubversuch erfolgreich sein. Das wird auch sicherlich der Fall sein, wenn die Metallarbeiter geschlossen auftreten und sich nicht von politischen Geschäftemachern und irrevolutionären Phrasendreschern dumm machen lassen. Daher ist diesen Geschäftemachern und Phrasendreschern die Geschlossenheit des DMV ebenso sehr verhaßt wie den schlimmsten Scharfmachern.

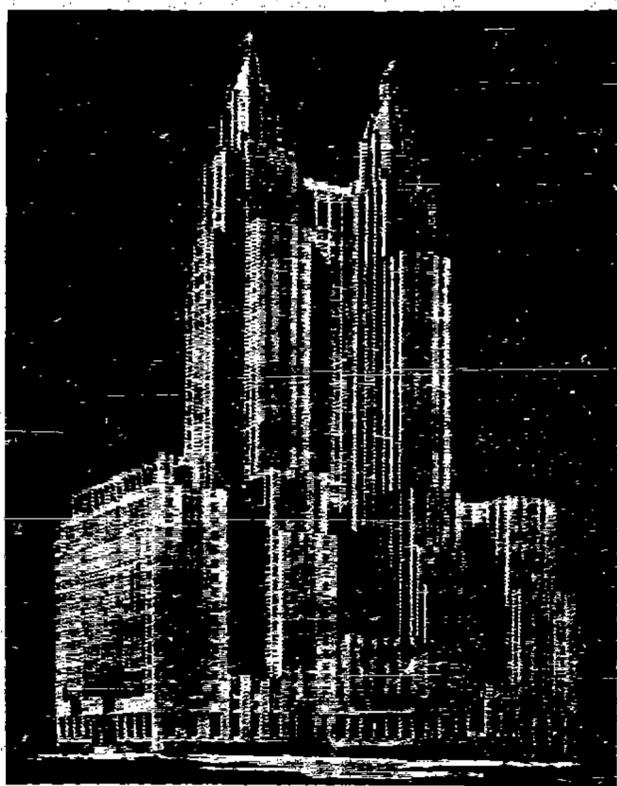
Diese Geschäftemacher und Phrasendrescher öffnen deshalb ihre Lügenschleusen sperrweit. Sie schwindeln, die Führer des DMV oder des ADGB trieben ein abgekartetes Spiel mit dem Unternehmertum, sie schwindeln, diese Führer seien mit Unternehmervetretern ein Herz und eine Seele in Sachen des Lohnabzugs, sie schwindeln, „die Bonzokratie des DMV“ verübe einen Lohnraub nach dem andern. Daneben werden gewaltige Siege der Kommunistischen Gewerkschafts-Opportunisten, des deutschen Spalterzirkels Moskaus, ausposaunt. Diese Siege haben die fatale Eigenschaft, daß sie um so mehr verdunsten, je näher man dem Orte kommt, wo sie stattgefunden haben sollen.

Noch nie hat die RGO einen Erfolg für die Arbeiter buchen können. Ihre ganze Tätigkeit ist eine Kette von Niederlagen für die Arbeiter. Zahllos sind die Arbeiter, die durch die kommunistische Streikfaxerei auf der Strecke geblieben sind. Etwas anderes als solch traurige Ergebnisse kann die RGO auch gar nicht erzielen, weil die Zeit längst vorbei ist, wo mit radikalen Zungenschlägen, gewerkschaftlicher Unfähigkeit und leerer Kasse ein Erfolg gegen das wohlgezappte Unternehmertum zu erreichen ist.

Je niederschmetternder die Niederlagen der RGO, desto hanebüchener die Verleumdung der Gewerkschaften und desto krampfhafter die Versuche, das Vertrauen der Gewerkschaftsmitglieder zu ihrer Organisation und ihrer Führerschaft zu zerstören. Die ganze kommunistische Presse ist tagtäglich gefüllt mit derartigen Versuchen. Zur Zurückweisung all dieser Lügen ist uns der Raum unserer Zeitung zu teuer. So sei heute nur einmal eine Sammellüge eines kommunistischen Blattes beleuchtet. In diesem Blatte wird unter der Überschrift: „Tatsachen über den DMV“ neben ähnlichem folgender Schwindel verzapft (Fettdruck wie im Original):

fabrizieren, wo er das deutsche Eisen um die Hälfte billiger bekommt als in Deutschland. Das erklärt vieles. Wer soll den Mut haben, in Deutschland zu fabrizieren, wo ihm vom Eisenkartell ein doppelt so hoher Eisenpreis diktiert wird?

Der überhöhte Kartellpreis ist mit eine Ursache für die Verschärfung der Krise in Deutschland. Jeder Handwerker, jeder Bauer, jeder kleine Industrielle, sie alle müssen sich klar werden, daß sie, wenn sie einen Nagel einschlagen, diesen Nagel auf Grund der Kartelliktatur der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie doppelt so teuer bezahlen müssen, als der Nagel im Auslande kostet. Es ist die höchste Zeit, daß die Regierung gegen diesen Unfug vorgeht. Wenn dieses System der Kartelle und Kartellpreise länger beibehalten wird, muß die deutsche Wirtschaft an diesem System verfaulen. Es wäre zweckmäßig gewesen, der Jahresbericht des Stahlwerksverbandes hätte sich mal mit diesem Geschwür beschäftigt. Wenn die Schwerindustrie, die für die rechtsradikale Bewegung Millionen übrig hat, endlich mal auf den überhöhten Kartellprofit verzichten und ihre Ausgaben mal darat abbauen wollte, wie das die Regierung getan hat — wir meinen damit u.a. die Millionengehälter der Generaldirektoren in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie —, würde es in der deutschen Wirtschaft schon etwas anders aussehen.



Das neue Waldorf-Astoria-Hotel

In New York, das kürzlich eröffnet wurde, ist 47 Stock hoch und birgt 2253 Gästezimmer

Das böse Gewissen

Die von der deutschen Regierung durch Notverordnung eingeführte Aktienrechtsreform ist selbst in der zähen Fassung verschiedenen Unternehmern in die Glieder gefahren. Die Aufnahme war deshalb sehr verschiedenartig. Als Antwort darauf hat sich bereits eine „Schutzgemeinschaft von Aktiengesellschaften mit geringer Aktionärzahl“ gegründet. In dieser famosen Schutzgemeinschaft haben sich Familienaktiengesellschaften und solche, die wenigen Personen (Generaldirektoren usw.) gehören, zusammengefunden. Es sind nicht etwa nur kleine Unternehmungen, sondern es befinden sich in der Mitgliederliste dieser Vereinigung auch bedeutende Gesellschaften. Wir nennen die Aktiengesellschaft für Kohlensäure-Industrie, die Braunkohlen- und Brikettwerke „Bergeist“ AG, die Aktiengesellschaft für Industrieorganisation und Verwaltung u. a. Diese Schutzgemeinschaft hat gedroht, daß ihre Mitglieder die Form der Aktiengesellschaft aufgeben wollen, wenn die geplanten Kontrollmaßnahmen ihnen unbequem würden.

Wir sehen hier eine ausgesprochene Organisationsgründung gegen die gesetzliche Kontrolle von Unternehmungen. Einige Beispiele, daß man ernst zu machen gedenkt, sind bereits zu verzeichnen. Die Reemtsma-AG, die große Zigarettenfabrik, hat sich bereits vorher in eine G. m. b. H. verwandelt. Jetzt ist die Gesellschaft Roth-Büchner AG diesem Beispiel gefolgt. Man kann diese Flucht aus der Aktiengesellschaft als eine Angst vor der Kontrolle und als eine Gegenmaßnahme gegen die verordnete Aktienrechtsreform bezeichnen. Die Unternehmer lassen dadurch deutlich erkennen, daß sie eine Kontrolle durch öffentliche Organe nicht wollen und sie vielleicht zu fürchten haben. Von einem guten Gewissen spricht das zweifellos nicht. Dies soll uns aber natürlich nicht abhalten, nun erst recht auf eine Durchleuchtung der Wirtschaft zu dringen.

Kapitalistische Schmierigkeiten

Die Vossische Zeitung hat eine Auseinandersetzung mit den Zementkartellen geführt. In einem abschließenden Artikel macht dieses Blatt (Nr. 496) folgende Ausführungen: „Ohne auf Einzelheiten heute näher einzugehen, offenbart das uns überlassene Material folgende Tatbestände: Unlauterer Wettbewerb, versuchte Bestechung, Wirtschaftsspionage, gegen die guten Sitten verstößenden unfairen Konkurrenzkampf, Ausnutzung der Wirtschaftsmacht durch Boykottandrohung gegen Handwerker und Gewerkschaften, last not least Verlockung von Gemeinden durch Finanzunterstützung. Es kommen hinzu Ausnutzung der Konkursordnung durch Stellung von Konkursanträgen angeblicher Gläubiger, innere Aushöhlung von Außenseitern durch Ankauf von Grundschuldbriefen mit dem Ziel, sie durch ihre Kündigung in finanzielle Schwierigkeiten zu bringen.“

Nun meine man ja nicht, daß derartige Liebliehkeiten nur bei den Zementkartellen anzutreffen seien. Bei jedem der Prozesse, die in letzter Zeit Unternehmungen gemacht werden mußten, traten solche Tatbestände, wenn mitunter auch etwas anderer Art, zutage. So bei der nationalsozialistischen Nordwolle, bei dem frommen Devaheim, bei der „überparteilichen“ Favaag und bei den feuchten Schultheiß-Patenhofern. Es ist tausend gegen eins zu wetten: das ist nur ein dünner Anfang, dem die dickere Fortsetzung folgen wird, was gewiß etwas heißen will. Die Urheber dieser Schmierigkeiten sind meist laute Schreier gegen die „marxistische“ Mißwirtschaft. Diese Ehrenmänner wollen mit ihrem Geschrei die Augen der Öffentlichkeit von sich abwenden.



Familie und Heim



Lied der Arbeiterkinder

Wir sind noch jung, wir sind noch klein,
uns lacht noch Lust und Leben.
Wir wachsen in die Zeit hinein,
der wir ein Antlitz geben.

Der Vater werkt, die Mutter schafft,
die Not hat sie verkümmert.
Wir wachsen in die große Kraft,
die alle Not zertrümmert.

Die Welt ist morsch, die Welt ist alt,
es gilt, sie jung zu rütteln.
Wir wachsen wie der junge Wald,
den die Gewitter schütteln.

Wenn wir so groß wie Vater sind —
heißt dann weh den Schindern!
Wir wachsen wie der Wirbelwind,
wenn ihn die Berge kindern.

Uns ruft die Zeit, wir brechen vor
mit donnernden Gesängen.
Wir wachsen, bis wir einst das Tor
der alten Ordnung sprengen.

Nach dem Polnischen von Viktor Kalinowski.

Um 18 Wohlfahrtsgroschen

Ein von der „Wohlfahrt betreuter“ Arbeitsloser schreibt: Ich gehe alle 14 Tage zum Wohlfahrtspfleger, um meine Unterstützung zu holen. Ich bekomme nur einen „Zuschuß“ zum Verdienst meiner Frau. Bis jetzt waren es 3,30 M für zwei Wochen. Seit dem letzten Donnerstag ist das anders. Man munkelt schon vorher, die Sätze seien herabgesetzt worden, um ungefähr dreißig Pfennig die Woche.

Ich stiefelte mit leeren Taschen und noch leerem Magen zur angesetzten Zeit in die Wohnung des Herrn Schmidt, meines „Pfleger“.

„Tja,“ gab Herr Schmidt von sich, „daß sind nur noch 15 Pf. für Sie.“ Das hatte ich nicht erwartet. — „Das ist nämlich so,“ erläuterte der „Pfleger“, „der Ermittlungsbeamte und ich, wir haben das hiernach ausgerechnet.“ — Er blätterte in den „Akten“ und zeigte mir einige Zahlen. Ich sah, daß das ein Irrtum war und daß ich fortan für 14 Tage 1,80 M zu beanspruchen hatte. Man kann um 18 Groschen furchtbar verlegen sein. Ich klammerte mich daran wie der Ertrinkende an den Strohalm. Unter Aufwendung meines ganzen Redetalentes versuchte ich Herrn Schmidt plausibel zu machen, daß er mir nun 1,80 M zu geben habe. Das ließ ihn aber kalt. Er ließ mich ausreden und erklärte dann, ich müßte die Lohnbescheinigung meiner Frau (zum soundsovielten Male) besorgen. — Mein Magen knurrte. Ich ging mit leeren Händen von dannen. Daheim: Hunger, Ärger, Schimpfworte, dumme Gesichter.

Tags darauf war die Verdienstbescheinigung da. Ich ging wieder zu Herrn Schmidt. Im Geiste hatte ich schon die 18 Groschen in der Tasche. Mit der Bescheinigung, verlautebarte Herr Schmidt, das sei jetzt in Ordnung, aber das Geld für mich hatte er nicht bekommen. „Sie gehen am besten mal zu Herrn Krüger.“ Herr Krüger ist Bezirksvorsteher und Schulmeister und wohnt drei Viertelstunde entfernt. Ich ging hin zu Herrn Krüger. Ich glaubte jetzt bestimmt, meine 18 Groschen zu bekommen. Welch ein Irrtum. „Ich habe nämlich Ferien,“ empfing mich der Herr Krüger, „und weil ich verreisen will,

habe ich alles dem Herrn Meier übergeben, auch das Geld. Wissen Sie, wo Herr Meier wohnt?“ — Meier wohnt ungefähr dort, wo ich hergekommen war. — „Nehmen Sie doch bitte diesen Brief hier mit, und sagen Sie Herrn Meier, ich liebe freundlich grüßen.“

Nun gehts eiligst zum Bezirksvorsteher Meier. An meine 18 Groschen glaubte ich schon nicht mehr. Ich war nur noch gespannt auf das Ende. — Herr Meier empfängt mich an der Treppe. Er ließ sich von mir alles erklären. Er blieb stumm wie ein Fisch und nickte verneinend mit dem Kopfe. Ich redete erneut auf ihn ein: „Sie müssen mir doch die 1,80 M geben!“ — „Ich muß überhaupt nichts. Warten Sie mal einen Moment.“ Herr Meier zog sich zurück. Ich stand an der Türe. — „Bitte, setzen Sie sich,“ sagte eine Frau und bot mir einen Stuhl an. Es folgten dann einige Minuten Stille. Dann Schritte. Herr Meier hebt an: „Ich verstehe noch gar nicht.“ — „Ja, das können Sie sich doch ausrechnen.“ — „Nein, nein, nein, ich kann gar nichts; warten Sie mal!“ Herr Meier zieht sich noch einmal zurück. Wie wird das enden? Auf einmal geschah etwas Unerwartetes. Der Herr Bezirksvorsteher Meier stand vor mir im Türrahmen, angetan mit seinem Bratenrock. Er nahm seinen Hut und meinte: „Dann wollen wir mal sehen.“ Wir gingen selbänder die Treppe hinunter. In der Tasche trug Herr Meier meine Stempelkarte, die Verdienstbescheinigung meiner Frau und die heißersehten 18 Groschen. Wir gingen gemeinsam zu Herrn Schmidt. Dort eine Konferenz und schließlich — feierliche Überreichung der 18 Groschen an mich. —

Die Moral von dieser wahren Begebenheit: Bekommt du einmal W.-U., was heute jedem passieren kann, dann bringe ein vollgerütteltes Maß Geduld mit. Dadurch verhinderst du erstens, daß unverhoffte Landen auf einer Polizeiwache, zum andern, daß man dich auf deinen Geisteszustand untersucht.

Die Sorge für die Kleider des Mannes

Frauen haben es gerne, wenn ihre Männer gut angezogen sind. Es ist nicht nötig, daß die Anzüge neu sind, um gut auszusehen. Die folgenden Ratschläge sollen helfen, die Garderobe des Mannes stets tadellos in Ordnung zu halten, ohne allzu viel Zeit darauf zu verwenden.

Benzin mit einem feinen Pinsel aufgetragen, ist ein gutes Reinigungsmittel für einen befleckten Anzug. Es sei aber daran erinnert, daß dies höchst feuergefährlich ist. Farbflecke können mit Terpentin beseitigt werden; Tintenflecke mit Zitronensaft. Schmutzflecke können nicht eher entfernt werden, als bis das Kleidungsstück ganz trocken ist. Am besten benutzt man hierzu eine reine Bürste, die nicht zu hart sein darf. Sollten die Flecke in besonders hartnäckigen Fällen nicht herausgehen, so reibe man mit einer halben rohen Kartoffel die Stelle nach.

Eine zerknitterte Hose macht einen schlechten und nachlässigen Eindruck. Ein gelegentliches Bügeln mit einem heißen Eisen ist zu empfehlen, man muß aber über das Kleidungsstück ein nasses Tuch legen und darf es dann nicht gleich, wenn es noch feucht ist, in den Schrank tun, sondern hänge es erst noch ein paar Stunden ans offene Fenster, damit es vollends ausdünstet und trocknet.

Wenn die Ärmel eines Rockes zerdrückt sind, dann stopfe man sie mit Zeitungspapier aus und befeuchte sie mit einem Schwamm. Man hängt den Rock über einen Stuhl und läßt ihn trocknen. Wenn der Stoff anfängt zu glänzen, so reibe man ihn leicht mit einer Alaunmischung ab, und zwar auf 16 Teile Wasser ein Teil Alaun.

Alle Kleider sollten stets an einem Bügel hängen und die Bekleider an einem Spanner.

N. G.

Behördendeutsch

Ein Ortspolizeiamt, das gründlich, schwungvoll und knapp zugleich sich ausdrücken will, schreibt im Bericht über eine Landstreicherin: „Die Verhaftete konnte in der Gemeindegewächstube nicht untergebracht werden, da sie ganz zerschlagen und zersprungen ist und Wasser einläßt. Da sie vorher in andere Umstände gebracht werden muß, haben wir sie mit dem Herrn Vorsteher in den Gemeindegewächstube gesteckt!“ — Aber, aber ...

Sie haßt dieses Leben, das in ihr wird. Der Haß wird ihr bewußt. Sie haßt dieses Kind mit so maßlosem Haß, vor dessen Unsagbarkeit sie selbst erschrickt. Ja, sie wünscht diesem Ungeliebten den Tod. Hart und deutlich sagt sie sich: Ich wünsche ihm den Tod!

Nüchtern und sachlich, dabei unerbittlich in seiner Sachlichkeitshärte, steht das vor ihren Augen: Was soll dieses Kind? Was bedeutet es, wenn es geboren wird? Neue Sorgen, Krankheit, Kraftversagen, Verdienstaustausch, Arbeitslosigkeit, Schulden, Stehenbleiben, Fallen, Sinken, Elend, Jammer, Verkommen, Bankrott!

Maries Kopf fiebert vor Nachdenken und Rechnen. So oder so, die Rechnung läßt sich immer nur so schließen: Kommt dieses Kind, dann frißt es nicht nur sich selber auf, auch die anderen und mich und unser Leben und unsere Zukunft. Dieses Kind darf nicht sein!

Alles in Marie schreit auf und empört sich über die Ungerechtigkeit dieses Kindes, das sie nicht gerufen hat und das nun mit seinem Willen zum Leben das Leben Maries und der Kinder erwürgen will. Marie fällt in sich zusammen, Haß verzerrt ihr Gesicht. Sie muß dieses Kind in ihrem Leibe lassen. Sein Tod, nur das wäre Gerechtigkeit.

Mühsam richtet sich Marie auf. Ihr Blick flücht über den Tisch, läuft die Kanten entlang von Ecke zu Ecke, springt auf den Fußboden, läuft zur Wand, irrt über die Decke. Nirgendwo ein Ausweg. Das schreit in Marie:

Womit habe ich das verdient? Womit, womit? War ich nicht gut? War ich schlecht? Habe ich Gott gelästert? Habe ich Böses getan? Mein Gott, mein Gott, habe ich nicht immer gelebt, wie du es befehlst? Habe ich nicht immer gearbeitet und gehungert? Gearbeitet und gehungert für die anderen? Habe ich nicht —

Marie findet nicht weiter. Ihre Fäuste trommeln ununterbrochen in sinnloser Wut auf ihrem Leibe: Du, du Verfluchtes, riechst es zugrunde! Zugrunde riechst du uns! Verfluchtes du, du Ungerufenes, du! Warum habe ich gelebt? Warum habe ich gearbeitet? Warum habe ich gelitten? Warum habe ich immer wieder mich herausgearbeitet? Verfluchtes, du! Damit du mich zugrunde riechst?

Schwer fällt Maries Kopf auf die Tischplatte. Leer ist es jetzt in Maries Kopf. Leer, schlimm leer wie in ihrem Herzen. Marie ist müde von ihrem Denken. Sie hebt den Kopf. Zweckloses Heben. Ihre Augen wandern wieder. Über den Tisch, ins Zimmer, Wände auf und ab, wieder zurück zum Tisch.

Da liegen die übriggebliebenen Abendzeitungen. Maries müder Blick tastet sie ab. Bleibt jetzt stehen. Irgend etwas packt den Blick. In Maries Gehirn beginnt es zu arbeiten. Der Blick wird kommandiert. Marie liest:

In die Spree oder ...?

Gestern warf eine Frau P. ihre zweijährige Tochter Marie und ihren halbjährigen Sohn Reinhold in die Spree. Passanten verhinderten, daß den drei älteren Kindern das gleiche geschah, hielten ebenfalls die Frau vom Sprung ins Wasser zurück und retteten die beiden Kinder.

Wir veröffentlichen hier ein Aktenstück und einen Beitrag, die diese Tragödie einer Mutter aufklären.

6 Kinder in 7 Jahren

Aus den Akten einer Berliner Fürsorgerin. Hausbesuch bei Familie P. am 21. Dezember, vormittags 10 Uhr.

„Die Tür wird nach mehrmaligem Klopfen von den kleinen Kindern geöffnet.“

In einer Stube von fünf Meter Länge und zweieinhalb Meter Breite, in der zwei große Betten, zwei Kinderbetten und ein kleiner Tisch stehen, liegt die Wöchnerin in einem schmutzigen, nach der Entbindung nicht frischbezogenen Bett. Das Neugeborene liegt in einem Kissen auf dem Tisch. Die anderen fünf kleinen Kinder, zum Teil noch nicht angezogen, kriechen an der Erde und auf den Betten herum. Das Kleinste sitzt auf dem Bett, vor sich eine Tüte mit Stampfzucker, aus der es mit beiden Händen Zucker ißt. Von einem Brot, das gleichfalls an der Erde liegt, brechen sich die Kinder mit den Händen Stücke ab.

Auf der Erde liegen Kleidungsstücke, schmutzige Wäsche, Windeln, Becher, Löffel, Papier und ein umgestoßener, von den Kindern benutzter Nachtopf.

Auf dem Bett der Wöchnerin liegt ein Teppichklopfer, mit dem sie die Kinder in Ordnung hält.

Der Mann ist seit früh 47 Uhr auf Arbeit, hat vorher für Frau und Kinder Kaffee gekocht und Stullen gemacht.

Die Hebamme hat ihren Besuch zum Abend zugesagt. Die Wohnung, in der die Familie erst seit vierzehn Tagen lebt, besteht aus zwei Stuben und Küche. Die große Stube ist völlig unmobiliert. In der Küche ist außer dem Herd, zwei Kochtöpfen, einem Eimer nichts weiter vorhanden.

Es ist nicht leicht, in diesem Chaos Ordnung zu schaffen. Es fehlt dringend an einem Schrank, an einer Kommode, um die Kleidungsstücke darin unterzubringen. Es fehlt an einer Waschwanne, um die schmutzige Wäsche einzuweichen, es fehlt an einer Badewanne, um das Kind zu baden. Das Notwendigste, Bettenmachen, Säuberung der Stube, Essenkochen usw., wurde von mir vorgenommen.

Dabei zeigte sich, daß die Kinder trotz ihres geringen Alters außerordentlich geschickt und hilfsbereit sind. Bis zu dem Zweijährigen waren alle in Bewegung. Jedes hatte ein Amt, der Älteste kaufte ein, der andere holte Kehrschaufel, Besen usw. heran, ein anderes schichtete die im Korridor herumliegenden Briketts auf usw. Als Belohnung zeigten sie mir dann geheimnisvoll und glücklich ihr „feines Spiel“ — das war der Knopf im Wasserspülklosetz. „Mensch, Tante, kiek mal, wenn man das drückt, denn kommt det Wasser.“

Ich möchte noch hinzufügen, daß wir die notwendigen Möbel beschafft, eine vollständige Säuglingsausstattung sowie Säuglingskorb und -wanne der Familie überlassen und für Wochenpflege und Versorgung der Kinder gesorgt haben.“

Soweit der Bericht. Trotz aller Hilfsmaßnahmen mußte Frau P. mit ihren Kindern den Tod suchen. Nervenzerrüttung und Erschöpfungszustand waren die Gründe, aus denen Frau P. mit ihren Kindern aus dem Leben scheiden wollte. Diese Frau hatte in sieben Jahren sechs Kinder geboren. Sie ist ja ununterbrochen schwanger gewesen. — Kann es da wundernehmen? Unter diesen Umständen —?

„Kann es einen da wundernehmen? Unter diesen Umständen?“

Marie liest es nochmals. Jetzt hebt sie den Kopf, den armen, müden Kopf. Sie denkt nach.

Warum ist diese Frau in die Spree gegangen? Warum hat sie das tun müssen? Sie hatte einen Mann, wahrscheinlich einen guten Mann, der arbeitete und für sie sorgte, sie hatte Menschen gefunden, die sich ihrer angenommen hatten; ihr Leid war nichts anderes als das ewige Leid der armen kleinen Leute. — Deshalb ging sie in die Spree? Wieviele in dieser Stadt müßten dann in die Spree gehen! Was müßte sie, Marie, dann tun? Die Frau hat sechs Kinder geboren? Nervenzerrüttung und Erschöpfungszustand! Was müßte sie dann empfinden?

(Wird fortgesetzt.)

Das Leben der Marie Szameitat

Von Josef Maria Frank

Copyright 1930 by „Der Bücherkreis GmbH“, Berlin 1931

XXXII.

Wie soll man wie kann man die Qual dieser mählich bis ins Unbeschreibliche wachsenden Schreckempfindung in Marie beschreiben? Fast unmöglich! So ähnlich wie Marie empfand der Mann auf Vorposten in der vernebelten Sappe wenn ein unheimliches Singen im Blaugrau sich hob, sich langsam metallisch flatternd in drohendes Pfeifen und höhnendes Surren steigerte, um plötzlich mit überschlagendem Peitschen zu klatschen und zielbewußt dröhnend in höllisches Säusen umzuschlagen und sich zu verkünden: Ich bin eine schwere Mine und will dich zerschmettern, dich verlorenen Mann im vernebelten Graben! Furchtbar diese Lähmung in allen Muskeln und entsetzlich diese Folterung des Hirns: Sie geht vorbei! — Sie trifft nicht! — Oh, mein Gott, sie wird treffen! — Satan, sie trifft!, unsagbar dieser eiskalte Druck, ewigkeitslangsam das stockende Herz umgreifender Zange!

So ähnlich empfindet Marie. So wie der verlorene Mann im Grabennebel. So ruft sie in ihre Lähmung hinein: Es wird nicht! Es trifft nicht! — Oh, mein Gott, es wird treffen! — Satan, es trifft!

Krachen. Aufschrei, Trümmer, Schweigen.

Maries Schweigen ist furchtbar. Das Wissen macht still. Marie ist schwanger.

Marie hat die Kinder zu Bett geschickt. Sie sitzt am Tisch in der Wohnstube und schweigt. Bis gestern hat Marie immer noch geglaubt, diese Angst wäre Unsinn, hat die Ahnung ausgelacht und ihre Befürchtung Torheit genannt, um sich davon frei zu machen.

Was nützt das nun alles? Marie schweigt. Jetzt hilft es nichts mehr, zu lachen. Das ist kein Unsinn mehr und keine Torheit, das ist jetzt nicht mehr mit der Hand so einfach fortzuwischen und aus der Welt zu schaffen, das ist tatsächlich und wirklich.

Da wird ein Kind in mir. Von ihm, der nicht mehr mein Mann ist. Von ihm, dem Kranken, Irren, dem Geschlagenen, dem Zuchthäuser. Und an jenem Abend, an diesem furchtbaren Abend mir aufgezwungen. Nicht von mir gewollt, oh, mein Gott, nicht von mir gewollt. Was soll ich nun tun, mein Gott, sag mir, was ich nun tun soll. Was soll ich denn tun? Wer kann mir denn helfen? Zeig mir, mein Gott, was mir helfen kann. Ich bin so allein. Und das Kind wächst und wächst. Wächst mit jedem Tag, oh, mein Gott, mit jedem Tag.

Schwer für Marie, das heillose Durcheinander der Gedanken zu ordnen, das Chaos zu beruhigen. Wie soll man lenken, wenn Panik die Nerven ergriffen hat? Wenn die Gedanken im engen Raum über den geschlossenen Augen sich drängen und stoßen und den Ausweg versperrten wie kopflös taumelnde, verwirrte Menschen in einem brennenden Haus?

Alles um Marie ist wie ein Abgrund. Die Kinder sind still und kleinlaut, sie verstehen die Mutter nicht. Trude und Gerd fragen. Marie schweigt und schüttelt nur den Kopf. So schweigen sie alle. Geduckt und verängstigt.

Die Tage kommen und gehen. Noch immer rätselt Marie über den rettenden Ausweg. Schwer, ihn zu finden, wenn niemand hilft! Schlimm das, wenn es drängt!

Marie tut ihre Arbeit. So wie immer. Und doch anders. Alle fühlen, daß Maries Arbeiten ein mechanisches geworden ist. Es erreicht dasselbe wie früher, und doch fehlt irgend etwas. Man fragt, versucht, Marie auszuhorchen. Vergebens, Marie schüttelt nur den Kopf und schweigt sich aus. Man gibt die Fragen auf.

Immer wieder ein Tag und wieder ein Tag. Und immer ohne Fingerzeig und rettenden Wegweiser. Die Abende, wenn Marie mit den Zeitungen über die Straße taumelt, sind furchtbar.

Das Leben, das laute, lärmende, rohe, gleichgültige Leben wird ihr zuwider, manchmal hat sie den Wunsch, irgendeinem der so aufreizend lachenden Gesichter auf der Straße ihre ganze Qual entgegenzuschreiben. Doch sagt sich Marie: Damit kommt man nicht weiter, das nützt nichts, nichts, nichts! Marie begreift es, beruhigt sich langsam. Aber sie taumelt immer noch so über den Bürgersteig, daß es verwirrend anzusehen ist. Mit unsicheren Füßen und wie in Furcht, daß in jedem Augenblick der graue Asphalt versinken und schwarzer Abgrund vor den Füßen sich öffnen könne. Mehr als einmal haben Trude und Gerd sie schon zurückreißen müssen, sonst wäre sie vom Bürgersteig getaumelt, hinein in die Räder auf der Straße.

Das brennt immer schlimmer in Marie: Klarheit, Klarheit muß gefunden werden! Ein Weg, ein Weg, ein Ausweg! Ein Entschluß!

Die Kinder schlafen. Gerd hat diesmal sein Bett — wie jetzt öfter — in der Küche aufschlagen müssen. Marie sitzt allein in der Stube am Tisch und grübelt. Sie versucht Klarheit zu finden. Sie prüft genau ihre Gedanken in Weg und Abweg und findet das:



Verbandsleben



Wie die Kluft beseitigen?

Zwischen Arbeitslosen und noch Arbeitenden besteht, wie hier schon dutzendfach dargelegt wurde, eine Kluft. Woher kommt diese Kluft?

Der Kulturmensch braucht, um leben zu können, nicht nur Kleidung, Nahrung und Wohnung, sondern noch etliche andere Dinge, die wir unter dem Sammelwort Kulturbedürfnisse verstehen. Der Mensch arbeitet, um zu leben, nicht umgekehrt. Das Leben und die Kulturwünsche des heutigen Menschen aber werden eingengt, wenn sein Einkommen kleiner wird, und sie steigen mit der Zunahme des Einkommens.

Wirft die kapitalistische Wirtschaft schaffende Menschen in Masse auf die Straße, entzieht sie ihnen die Mittel zum normalen Leben als auch zur Befriedigung der Kulturbedürfnisse, so entsteht ein wachsender Gegensatz zwischen denen, die ihr Leben und ihre Kulturbedürfnisse noch fristen können, und denen, die das nicht mehr können. Diesen Gegensatz erfassen am ehesten diejenigen, die selbst arbeitslos sind oder es waren.

Das ständig fesselnde Gefühl, zu nichts mehr nütze zu sein, sich sein „täglich Brot“ nicht mehr selbst verdienen zu können, sondern es in Form von Unterstützung von der Allgemeinheit zu erhalten, dazu noch täglich von Unternehmern als Faulenzer beschimpft zu werden, treibt diesen Gegensatz auf die Spitze. Da nützen gute Ratschläge gar nichts, so nützlich sie auch im Einzelfalle sein mögen.

Doch was ist zu tun, um diese Kluft an ihrer weiteren Verschärfung zu hindern, wenn nicht, sie zu überbrücken? Die Gewerkschaften streben mit Recht nach der Verkürzung der Arbeitszeit, für die 40-Stunden-Woche. Dies in der Annahme, daß dadurch das Heer der Arbeitslosen vermindert wird. Diese Folgerung ist indessen nur zu einem kleinen Teil berechtigt. Denn man muß mit der Halsstarrigkeit der Unternehmer und der weiteren Rationalisierung rechnen. Es ist darum mehr wie fraglich, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit allein die Kluft zwischen Erwerbslosen und noch Schaffenden nennenswert vermindert werden kann.

Wir müssen daher zur planmäßigen Zuteilung der Arbeit übergehen, das heißt, der Arbeitende muß dem Arbeitslosen in bestimmten Abständen seinen Platz überlassen, um nach einer Pause wieder zu seinem Platz zurückzukehren. Die Einreihung in den Produktionsprozeß darf nicht mehr ein Schlagwort gewisser Kreise bleiben, sondern muß zu einer Einrichtung im Wirtschaftsleben werden.

Ich bin mir klar darüber, daß eine solche Maßnahme auf den schärfsten Widerstand der Unternehmer stößt und daß selbst viele der noch schaffenden Arbeiter dagegen sein werden. Gründe für diesen Widerstand sind feil wie Brombeeren. Die Unternehmer werden anführen, daß dadurch die Gestehungskosten verteuert würden, die betreffenden Arbeiter werden sagen, daß das für sie eine Verminderung des Einkommens bringen werde. Gewiß, gewiß, aber diese Nachteile sind winzig zu nennen im Vergleich zu der Gefahr, die aus einem andauernden Unbeschäftigtsein von Millionen Menschen entsteht.

Groß wird, nein, ist schon die Gefahr besonders für die Arbeiterklasse. Wird die genannte Maßnahme nicht durchgeführt, so wächst die Kluft, der Gegensatz zwischen Arbeitenden und Erwerbslosen noch weiter, die Uneinigkeit der Arbeiterschaft wird noch ärger, und daraus zieht ihr natürlicher Gegner, das Unternehmertum, die Möglichkeit, der Arbeiterschaft noch mehr Lohnabbau und ähnliches bieten zu können. Will die Arbeiterschaft nicht dank innerer Gegensätze von ihrem Feinde vollends zu Boden geworfen werden, so muß sie zu praktischer Selbsthilfe übergehen.

Wenn es richtig ist, daß sich der Kapitalismus in einer Weltdeckerkrise befindet und daß er, wenn es ganz hoch kommt, nur einen kleinen Teil der jetzt Unbeschäftigten je wieder beschäftigen kann, dann folgt daraus, daß Millionen fleißiger Menschen dazu verdammt sind, zeitlebens ein kümmerliches Dasein zu fristen; und es folgt weiter daraus, daß dadurch auch das Dasein der noch schaffenden Arbeiter über kurz oder lang auf die Kulittiefe der ganz Arbeitslosen sinkt. Das gilt es zu verhindern.

Deutschland zum Beispiel hat jetzt mehr als 4 Millionen Arbeitslose. Diesen stehen rund 16 Millionen Beschäftigte gegenüber. Es müßte nun die Arbeitszeit der 16 Millionen — durch zeitweises Aussetzen — so verkürzt werden, daß die 4 Millionen abwechselnd Platz im Produktionsprozeß finden. Das würde dazu führen, daß im Laufe eines Jahres jeder der noch beschäftigten Leute vorübergehend arbeitslos wird. Diese „Zwangserica“ würden bestimmt keinen Gegensatz zwischen Erwerbslosen und Schaffenden stiften, wohl aber ihre Solidarität stärken, schon aus dem Grunde, weil die Not gleichmäßig verteilt wird. Selbstverständlich müßten alle Arbeitslosen, also auch die nun vorübergehend Unbeschäftigten, der öffentlichen Unterstützung teilhaftig werden.

Wie man auch dieses schwierige Problem dreht und wendet, in Anbetracht des gegenwärtigen und kommenden wirtschaftlichen Zustandes und besonders in Anbetracht des politischen Machtverhältnisses ist kein anderer Ausweg aus der elendsreichen Sackgasse zu sehen, als der hier vorgeschlagene. Daß er nur eben ein Ausweg ist und keine Lösung des großen Übels, braucht wohl nicht betont zu werden.

Was verbrauchen die Angestellten?

Die Haushaltsstatistik, die der AfA-Bund im Jahre 1926 durchführte, ist durch eine umfassende dreijährige Haushaltsstatistik, die in den Jahren 1928—1931 durchgeführt wurde, ergänzt worden. Die Ergebnisse werden soeben in einer Schrift: „Was verbrauchen die Angestellten?“ veröffentlicht und geben ein aufschlußreiches Bild des Angestelltenhaushalts, wieweil trotz der schnellen Veröffentlichung der Ergebnisse schon jetzt durch neuen Gehaltsabbau, der die Lebenshaltung der Angestellten noch weiter herabdrückte, das Bild überholt wurde. Dennoch zeigen bereits die vorliegenden Ergebnisse, in welcher trostloser Lage sich die Masse der Angestellten befindet. Das wird beleuchtet durch die Untersuchung der Gruppe, die ein Jahreseinkommen von 3000 M bezieht und der die Hauptmasse der Angestellten angehört.

Nach Abzug der zwangsläufig feststehenden Ausgaben, wie Miete, Verkehrsausgaben, Verbandsbeiträge, Steuern, Versicherungsbeiträge usw., verbleibt einer Angestelltenfamilie dieser Gruppe ein Betrag von monatlich 173,73 M, der für Essen und Trinken, für Kleider und Schuhe, für Heizung und Beleuchtung, für Erholung und Vergnügen ausreichen muß. Es verbleiben der Hausfrau dieser Angestelltenfamilien mit 27 Köpfen durchschnittlich 98,76 M für die Bestreitung der Ernährungskosten, das bedeutet den Tag und Person nur wenig mehr als eine Mark! Daß dabei mehr Margarine statt Butter auf den Tisch kam, daß der Fleischverbrauch ganz wesentlich eingeschränkt, daß vor allem an Getränken in jeder Weise gespart werden mußte, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Für Neuanschaffungen (Möbel, Haushaltsgegenstände) stehen dieser Familie keine 8 M im Monat zur Verfügung, für Heizung und Beleuchtung können nur noch 10,50 M im Monat ausgegeben werden. Für Neubeschaffung von Kleidung bleiben nur noch 18,48 M im Monat, das heißt, aus rund 230 M im Jahr müssen sämtliche Schuhe, die ganze Frauen-, Männer- und Kindergarderobe beschafft werden. Und selbst diese unzureichenden Beträge konnten nur dadurch erübrigt werden, daß alle Kultur- und Gesundheitsausgaben bis zuletzt gedrosselt wurden. Für Körper- und Gesundheitspflege stehe für die ganze Familie 5,62 M, für Erholung 5,55 M und für Vergnügen ganze 3,43 M im Monat zur Verfügung.

Das bedeutet, daß bei dem Gehalt, das die Masse der Angestellten in Deutschland bezieht, die meisten sich kein Radio erlauben können, in der Regel nur alle zwei bis drei Monate einmal ins Kino gehen können, ein Theaterbesuch höchstens alle halbe Jahre in Frage kommt und Bücher überhaupt nicht gekauft werden können! Und diese Beschränkungen werden zur unmittelbaren Not der kinderreichen Angestelltenfamilien, so daß die geringe Kinderzahl, die bei den untersuchten Haushaltungen angetroffen wurde, sich ohne weiteres aus diesen rein wirtschaftlichen Gründen erklärt. In kinderreichen Familien gehen die Ausgaben für Vergnügungen um die Hälfte zurück, selbst die Verkehrsausgaben sinken absolut und erst recht prozentual. Die Ausgaben für Erholung müssen ebenfalls um die Hälfte beschränkt werden, so daß Ferienreisen und Ausflüge so gut wie nie vorkommen.

Die Angestellten mit einem Monatseinkommen unter 250 M sind freilich viel größeren Entbehrungen unterworfen und erst recht jene, die von der Arbeitslosigkeit betroffen wurden. Aber auch so sind die Zahlen, die diese Haushaltsstatistik uns an die Hand gibt, die schärfste Anklage gegen ein Wirtschaftssystem, das diese Zustände schuf und aufrecht erhielt, und zugleich Rüstzeug im Abwehrkampf gegen die Absichten der Unternehmer auf weitere Verelendung des deutschen Arbeiters.

Entrechtung der Bedürftigen

Wie allgemein bekannt ist, hängt die Bewilligung der Krisenunterstützung von einer vorangehenden Bedürftigkeitsprüfung ab, an der die Behörden der Wohngemeinde des Antragstellers mitzuwirken haben. Aber auch in der Arbeitslosenversicherung ist durch Einführung der Bedürftigkeitsprüfung für einzelne Versichertengruppen das Versicherungsprinzip schon in weitgehendem Maße durchbrochen. So hängt die Bewilligung von Unterstützung für Arbeitslose unter 21 Jahren und für verheiratete Frauen von den Ergebnissen einer Prüfung ab, die nach den Vorschriften der Krisenfürsorge vorgenommen wird.

Gegen die Entscheidungen des Arbeitsamtes steht den Antragstellern jeweils das Einspruchsrecht an den Spruchausschuß des Arbeitsamtes zu. In der Mehrzahl dieser Spruchausschüsse führt der Beamte oder Vorsitzende des Arbeitsamtes den Vorsitz, der die Entscheidung des Amtes zeichnete. Er sitzt somit Gericht über seine eigene Entscheidung. Der neben dem Versichertenbesitzer noch anwesende Beisitzer der Unternehmenseite wird nur in den allerseltensten Fällen bereit sein, die Entscheidung des Arbeitsamtes zugunsten des Einspruchlegenden abzuändern.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß bei einer derartigen Zusammensetzung einer nicht als „echte Instanz“ anzusprechenden Einspruchsstelle gerade die auf einer Bedürftigkeitsprüfung aufgebauten Ansprüche wenig Erfolg haben. Es bleibt den Arbeitslosen aber immer noch die Möglichkeit, durch eine Berufung bei der Spruchkammer des Oberversicherungsamtes ihre Bedürftigkeit durch neue Tatsachen zu beweisen, überprüfen und feststellen zu lassen. Diese Anrufung einer vom Versicherungsträger unabhängigen Stelle ist durch die Einfügung des § 181 b in das Arbeitslosenversicherungsgesetz (3. Nov. Verordnung) wirkungslos gemacht worden. Wohl ist an dem formalen Berufungsrecht nichts geändert. Der besagte Paragraph schreibt jedoch vor, daß in den Fällen, wo das Gesetz die Gewährung einer Unterstützung von der Bedürftigkeit abhängig macht, der Vorsitzende der Spruchkammer sowie diese selbst bei Berufung an die Beurteilung der Bedürftigkeit durch den Spruchausschuß gebunden sind. Damit entfällt den in Frage kommenden Arbeitslosen jede Aussicht, eine in den angegebenen Umständen begründete falsche Beurteilung ihrer Bedürftigkeit durch eine verhältnismäßig unparteiische Stelle revidieren zu lassen.

Das Berufungsgericht wird bei diesen Fragen zur reinen Rechtsnachprüfungsstelle, und das Übergewicht des an der Niedrighaltung der Unterstützungsgesamtsomme interessierten Versicherungsträgers wird auf ein untragbares Maß gesteigert.

K. L.

Warnung aus Budapest

Der Ungarische Metallarbeiterverband schreibt uns: Bei deutschen Arbeitsnachweiser sucht die Firma Imri Erdoson in Budapest, Mechaniker zur Herstellung von Injektions- und Wundmadeln. Die Firma zahlt Löhne, die in keinem Verhältnis zu den Lebensmittelpreisen und den teuren Wohnungsmieten stehen. Von den zahlreichen Arbeitslosen in Budapest hat es noch keiner länger als eine Woche bei der Firma ausgehalten. Die deutschen Kollegen werden wissen, was sie gegenüber den Arbeitsgeboten dieser Firma zu tun haben.

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750—6753

Mit Sonntag den 15. November ist der 47. Wochenbeitrag für die Zeit vom 15. bis 21. November 1931 fällig.

Für den Bezirk Halle wird zum baldigen Antritt ein
Bezirks-Sekretär

gesucht, der mit den Einrichtungen und der Verhandlungstechnik unseres Verbandes vollständig vertraut ist, rednerische Fähigkeiten besitzt und eine mindestens zehnjährige Mitgliedschaft im DMV und Tätigkeit in der Arbeiterbewegung nachweisen kann. Kenntnisse der Verhältnisse im Bergbau und der Knappschafts-Gesetzgebung sind erwünscht. Selbstgeschriebene Bewerbungen mit den erforderlichen Angaben über die bisherige Tätigkeit sind bis zum 30. November 1931 mit der Aufschrift „Bewerbung Bezirks-Sekretär Halle“ an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148, einzusenden.

Die Anstellung erfolgt nach den Bestimmungen des § 31 des Verbandsstatuts. Das Gehaltsverhältnis regelt sich nach den Beschlüssen des 18. Verbandstages in Karlsruhe und den Beschlüssen vom Vorstand und Ausschuß.

Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch Nr. 6 328 059, lautend auf den Schlosser Otto Bernsdorf, geb. am 12. August 1899 zu Heringen (Nordhausen).

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse
der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.)
Hamburg, Rothenbaumchaussee 20

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Oktober 1931

Krankenkasse:	
Einnahmen	124 122,16 M
Ausgaben	54 867,74
Mehreinnahmen	69 254,42
Kassenbestand am 1. Oktober 1931	1 984 496,81
Kassenbestand am 31. Oktober 1931	2 053 751,26
Sterbekasse:	
Einnahmen	73 061,99 M
Ausgaben	28 713,22
Mehreinnahmen	44 348,77
Kassenbestand am 1. Oktober 1931	1 718 764,37
Kassenbestand am 31. Oktober 1931	1 763 113,14

Kollegen aller Berufe! Schützt euch und eure Familie im Krankheitsfalle vor Hunger und Not und tretet in die Metallarbeiterkrankenkasse ein. Folgt nicht den Lockungen der Agenten der bürgerlichen Versicherungen, wo ihr nur zu zahlen, aber nichts zu sagen habt. Bewahrt euch vor Schaden dadurch, daß ihr euch nur bei euren eigenen Unternehmungen versichert. Heute ist die Notwendigkeit der Zugehörigkeit zu einer guten Zuschußkasse dringender denn je; denn der bei den Pflichtkassen erfolgte Abbau kann nur durch die Leistungen der Zuschußkassen wieder ausgeglichen werden. Im Jahre 1880 von Arbeitern gegründet, besitzt die Kasse heute über 1000 Verwaltungsstellen, die sich über das ganze Deutsche Reich erstrecken. Der Beitritt kann bei den örtlichen Verwaltungsstellen jederzeit erfolgen, oder man wende sich an die Hauptverwaltung: „Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.), Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 20.“

Hamburg, im November 1931

Der Vorstand

Jubilarfeiern

Am 26. September ehrte die Verwaltungsstelle in Wedel wiederum 7 Jubilare. Der Bevollmächtigte, Kollege Kudlik, begrüßte die Jubilare und die zahlreichen Gäste, schilderte dann die Entwicklung der Verwaltungsstelle, an deren Gedeihen die Jubilare viel Verdienst mittragen. Als Vertreter des Vorstandes und der Bezirksleitung sprach der Kollege Kempkens (Hamburg). Er sprach den Jubilaren Dank und Anerkennung für ihre Arbeit und Treue aus. Den Frauen dankte er ganz besonders. Ihnen verdanke die Organisation viel, und so mögen sie auch heute Anteil und Berechtigung an der Feier haben. Allen Jubilaren wurde die Ehrenurkunde und die Jubiläumsmadel ausgehändigt. Bei Musik und Tanz nahm die Feier einen harmonischen Verlauf.

Das 40jährige Bestehen der Zahlstelle des DMV in Speyer wurde am 24. Oktober festlich begangen. Von der Stuttgarter Bezirksleitung sprach der Bezirksleiter Kollege Scheck über die Bedeutung des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses und die Entfaltung der Zahlstelle von Speyer. Kollege Bauer überreichte namens der Ortsverwaltung den 11 Kollegen, die 25 und mehr Jahre dem Verbandsangehören, ein Geschenk und dankte den Jubilaren mit warmen Worten für ihre vorbildliche Treue. Für die Geehrten dankte Kollege Zinser in gezierender Weise. Dem ersten Teil der Feier, der von Gesangs- und musikalischen Vorträgen belebt wurde, schloß sich ein Tanz an, der die Versammlung noch lange beisammen hielt.

SCHRIFTENSCHAU

Sprach- und Rechtschreibungsklippen. Ein Hilfsbuch zur Vermeidung von Fehlern beim Sprechen und Schreiben. Verfasser Paul Gronow. Preis 1,20 M und 10 Pf. Porto. Selbstverlag, Berlin-Johannisthal, Johannes-Werner-Strasse 5.

Das Motorfahrrad. Von Dipl.-Ing. W. Goeperich. Mit 38 Abbildungen. Preis 2 M. Verlag C. J. E. Volckmann Nachf. GmbH, Berlin-Charlottenburg 2. Das Buch ist ein Ratgeber für den Fahrer, der ein führerscheinloses und steuerfreies Motorrad zu erwerben gedenkt.

Hobeln, Drehen, Fräsen, Bohren, Schleifen, Sägen. Die Maschinenkunde des Mechanikers. Preis 80 Pf. Auge-Verlag, Leipzig W 35, Hellerstraße 33. Das Buch will die Grundbegriffe der Mechanik und ihre Anwendung auf Werkzeugmaschinen vermitteln. Es ist zugeschnitten auf die Bedürfnisse der Praxis. Mit zahlreichen Abbildungen und Berechnungen. Bearbeitet von Dipl.-Ing. K. A. Weniger.

Die Aktion der drei Gewerkschaftsrichtungen

Ihr Widerhall im In- und Ausland

Vor vier Wochen erschien das sogenannte Sofortprogramm der Unternehmerverbände. Würde nur ein Teil dieser wirtschaftspolitischen Unsinnigkeiten und des staatsretterischen Schmuses befolgt, der wirtschaftliche Dalles würde sicherlich bald noch ärger sein, wenn das überhaupt noch möglich ist. Das Verdienst dieses neuesten Angriffs auf die Arbeiterschaft hat immerhin das eine Gute, daß er alle drei Gewerkschaftsrichtungen bewegt hat, gemeinsam gegen die vereinigte Scharfmacherschaft vorzugehen. In kurzen, eindrucksvollen Sätzen haben die Gewerkschaftsspitzen erklärt, was nützt, um einigermaßen aus dem Engpaß herauszukommen, in den uns der unergötliche Haufen von Wirtschaftsverderbern gebracht hat.

So beachtenswert das Manifest der drei Gewerkschaftsspitzen an sich ist, noch wichtiger ist, daß sie sich endlich zu gemeinsamem Tun und Streben zusammengefunden haben. Wir glauben nicht zuviel zu sagen, wenn wir behaupten, daß diese gemeinsame Aktion im Stamme aller Gewerkschaftsverbände, in den sozialistischen ebenso wie in den christlichen und den Hirsch-Dunckerschen, ein freudiges Echo gefunden hat und daß man dort allseits gleich dringend wünscht, daß es bei diesem ersten gemeinschaftlichen Schritte nicht sein Bewenden hat.

Die Not der Arbeiterschaft ist zu groß, ihre Errungenschaften sind zu sehr gefährdet, ihre Erbfeinde sind zu machtlüstern und zu beutegierig, als daß sich die Gewerkschaften noch ein getrenntes und darum nicht genügend wirksames Trachten und Handeln leisten dürften. Die außergewöhnliche Not der Arbeiterschaft heischt außergewöhnliche Schritte. Nur in Zeiten großer Not werden große Dinge vollbracht. Müssen große Dinge vollbracht werden. Als den Anfang hierfür betrachten wir, und mit uns, wie wir glauben, alle Gewerkschafter, eben die oben erwähnte gemeinschaftliche Aktion.

Das Echo dieses gemeinschaftlichen Vorgehens bleibt indessen nicht auf das Reichsgebiet beschränkt. Es erklingt auch jenseits der deutschen Grenzen. Um einen Beweis hierfür anzuführen: Im Brüsseler „Peuple“ vom

25. Oktober widmet Emil Vandervelde der gemeinschaftlichen Aktion der deutschen Gewerkschaften nicht weniger als zwei lange Spalten. Der Führer der belgischen Arbeiterpartei beginnt seinen Aufsatz (Le front unique des syndicats socialistes, chrétiens et Hirsch-Duncker, A quand ailleurs?) folgendermaßen:

„Wenn irgend etwas inmitten des Elends, des Trubels und der Besorgnisse der gegenwärtigen Stunde beruhigen kann, dann ist es die Entschlossenheit, mit der die organisierten Arbeiter in den europäischen Ländern, die von der kapitalistischen Weltkrise am meisten heimgesucht sind, gegen die Angriffe des Unternehmertums auftreten, das ihre Löhne, sozialen Einrichtungen und die anderen Arbeiterrechte bedroht, die die Arbeiter in dreiviertel Jahrhunderten errungen haben... Besonders in Deutschland, fährt Vandervelde fort, hat sich in letzter Zeit auf dem Gebiete der Konzentration der Arbeiterkräfte ein Geschehnis von allererster Wichtigkeit ergeben, das man vielleicht in Belgien noch nicht genügend beachtet hat.“

Nachdem Vandervelde das deutsche Unternehmertum und seine Missetaten von Kriegsbeginn bis zu dem lieblichen Sofortprogramm der Unternehmerverbände dargelegt hat, führt er die Antwort der drei Gewerkschaften wörtlich an. Er weist darauf hin, daß das Manifest der deutschen Gewerkschaften eine frappante Ähnlichkeit mit den Forderungen der belgischen Gewerkschaftszentrale und des englischen Gewerkschaftsrates habe. Dies läßt Vandervelde am Schlusse sagen: „Überall erstrebt der Kapitalismus gleichermaßen die unmögliche Rückkehr in die Vergangenheit. Überall macht die Arbeiterschaft demgegenüber die gleichen Forderungen geltend. Daß diese Forderungen schließlich durchgesetzt werden, kann keinem Zweifel unterliegen. Ob das mehr oder weniger vollständig geschieht, hängt davon ab, ob die Arbeiter mehr oder weniger einig sind.“

Ganz unserer Meinung. Von dem Maße der Einigkeit der Arbeiterschaft hängt das Maß des Durchsetzens ihrer Forderungen, alles blanke Lebensnotwendigkeiten, ab. Daß diese Binsenwahrheit Gemeingut der Mitglieder aller drei Gewerkschaftsrichtungen ist, kann nicht bestritten werden. Darum darf die gemeinschaftliche Aktion nicht in ihrem Anfang stecken bleiben.

Für die 40-Stunden-Woche

Ein entscheidender Schritt in der Tschechoslowakei

J. B. Die tschechoslowakische Gewerkschaftszentrale hat sich bereits im Frühjahr sehr eingehend mit der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit beschäftigt und nach langwierigen Studien durch den Zentralsekretär des Gewerkschaftsbundes, Gen. Tayerle, im Parlament einen Antrag auf Einführung der 40-Stunden-Woche einbringen lassen. Auf Grund dieser Vorarbeiten hat dann das vom Gen. Czech verwaltete Ministerium für Soziale Fürsorge selbst einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der im wesentlichen die Grundlinien des Gesetzentwurfes der Gewerkschaften übernimmt. Zu einer Einigung im Schoße der Regierung ist es jedoch nicht gekommen, der Antrag wird nun wohl im Parlament durchzusetzen sein. Es ist aber zweifellos von gewaltiger moralischer Bedeutung, daß hier zum ersten Male amtlicherseits die vielfachen Anregungen der gewerkschaftlichen Internationalen zu einem Gesetzentwurf verdichtet werden.

Der Entwurf besteht aus acht Paragraphen, da es sich nur um eine Abänderung des Gesetzes über die achtstündige Arbeitszeit vom Jahre 1918 handelt. Nach dem § 1 soll in allen gewerblichen Betrieben, ebenso in allen staatlichen Unternehmen und in den sonstigen Unternehmungen, seien sie nun auf Gewinn eingestellt, gemeinnütziger oder wohlthätiger Art, die Arbeitszeit acht Stunden binnen 24 Stunden und 40 Stunden in der Woche nicht übersteigen. Wo es sich um besonders anstrengende oder schädliche Arbeiten handelt, kann die Regierung nach Anhören der Organisationen der Arbeiter und Unternehmer die Arbeitszeit herabsetzen. In die Arbeitszeit sind alle Arbeitspausen einzurechnen, längstens nach vierstündiger ununterbrochener Arbeit muß eine mindestens viertelstündige Pause eingeschaltet werden. Bei den Lehrlingen ist die zum Schulbesuch nötige Zeit in die Arbeitszeit einzurechnen.

In Hüttenbetrieben (Bergwerke, Kokereien, Hochöfen) darf die Arbeitszeit grundsätzlich nicht länger als 7½ Stunden täglich und 37½ Stunden wöchentlich dauern. In den Bergwerksbetrieben soll die Arbeitszeit mit der Einfahrt des ersten und der Ausfahrt des letzten Mannes berechnet werden. Bei ständiger Hitze, Wasserzufluß, ungenügender Lüftung oder unter sonstigen erschwerenden Bedingungen kann das zuständige Revieramt die Arbeitszeit entsprechend verkürzen.

Einmal wöchentlich muß eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden gewährt werden. In kontinuierlichen Betrieben darf bei Schichtwechsel diese Ruhepause auf 24 Stunden sinken, doch darf damit die Gesamtarbeitszeit in vier Wochen höchstens um acht Stunden erhöht werden. Die bei Schichtwechsel geleisteten Mehrstunden gelten als Überzeitarbeit und sind nach den Bestimmungen des Entwurfes mit mindestens 25 vH über den üblichen Lohn zu bezahlen. Für Sonntags- und Nachtarbeit muß ein Zuschlag von mindestens 50 vH gezahlt werden.

Für Frauen beginnt die ununterbrochene Ruhepause spätestens Samstag um 12 Uhr. Jugendliche unter 18 Jahren dürfen zur Überzeitarbeit überhaupt nicht herangezogen werden; Frauen sind von der Nachtarbeit grundsätzlich ausgeschlossen, ebenso Jugendliche bis zu 18 Jahren. Überzeitarbeit darf insgesamt für höchstens 20 Wochen um eine Stunde täglich bewilligt werden; in Schächten unter Tag für höchstens sechs Wochen.

In der Begründung verweist das Ministerium auf den technischen Fortschritt, der eine gewaltige Arbeitslosigkeit im Gefolge hatte. Der erhöhten Erzeugung ist nicht ein erhöhter Bedarf nach Waren gefolgt, weil Millionen von Arbeitslosen und Kurzarbeitern aus dem Warenkonsum ausgeschaltet sind. Die Kreditkrise erschwert

auch die Ausfuhr von Waren. Wir befinden uns also in einem geschlossenen Kreis, wo die Krise schwere wirtschaftliche Schäden anrichtet, die ihrerseits zu einer weiteren Verschärfung der Lage führen. Wir sehen, daß die gegenwärtige Arbeitslosigkeit keinen vorübergehenden Charakter hat, sondern daß es sich um eine konjunkturelle und strukturelle Krise handelt, die von dauernder Arbeitslosigkeit begleitet ist. Die Begründung verweist sodann darauf, daß diese Erscheinungen zu Maßnahmen zwingen, wie der Arbeitslosigkeit abgeholfen werden kann.

Man darf sich natürlich bei der Beurteilung der ganzen Sache keiner Täuschung darüber hingeben, daß es einen außerordentlich schweren Kampf kosten wird, um die Vorlage zum Gesetz zu machen. Die Unternehmerverbände beraten gegenwärtig über die Vorlage. Soweit man beurteilen kann, werden sie zu einer Ablehnung gelangen, und zwar hauptsächlich wegen der Lohnfrage. Der Entwurf des Gewerkschaftsbundes sah die Bestimmung vor, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit keine Lohneinbuße erfolgen dürfe, während im amtlichen Entwurf diese Bestimmung fehlt. Gleichwohl ist anzunehmen, daß die Arbeiterschaft mit aller ihr zur Verfügung stehenden Macht einen Lohnausgleich anstreben wird. Davor haben die Unternehmer Angst, und deshalb werden sie ihrerseits alle Kräfte mobilisieren, um die Gesetzgebung des Antrages zu verhindern. Sie finden dabei einen sehr merkwürdigen Bundesgenossen, nämlich — die Kommunisten. Diese haben in den letzten Wochen und Monaten eine geradezu wahnwitzige Hetze gegen die Aktion der Gewerkschaften auf Verkürzung der Arbeitszeit entfaltet. Sie operieren damit, daß die Verkürzung der Arbeitszeit eine Herabsetzung der Löhne um 17½ vH bedeute, und sie haben es auch tatsächlich schon fertiggebracht, in das Arbeiterlager selbst eine gewisse Verwirrung hineinzutragen, so daß heute viele Arbeiter gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit sind, wodurch natürlich die Position der Unternehmer gestärkt wird.

Man sieht, daß es sich bei dieser Sache um eine schwerwiegende Frage handelt, die nicht nur vom wirtschaftlichen, sondern auch vom psychologischen Standpunkt aus betrachtet werden muß. Leider ist auch der Solidaritätsgedanke bei vielen Arbeitern nicht so entwickelt, wie es wünschenswert wäre, und von der Kurzzeitigkeit der Unternehmung muß man wohl nicht erst reden. So wird es sicherlich noch harter Kämpfe bedürfen, damit das erstrebte Ziel erreicht wird.

Es gibt Unterschiede...

Der Klassenkampf ist gewiß keine deutsche Eigenart. Er herrscht in allen anderen kapitalistischen Ländern genau so wie in Deutschland. Immerhin gibt es Unterschiede. Zum Beweis zitieren wir aus dem französischen Unternehmerblatt „L'Usine“ folgende Anweisungen des Verbandes der französischen Metallindustriellen an seine Mitglieder:

„Um die Anzahl der Arbeitslosen möglichst herabzumindern, ist es vorzuziehen, statt Entlassungen vorzunehmen, die Arbeitszeit der Gesamtheit der Arbeiter herabzusetzen, soweit die technischen Bedingungen und die Zusammensetzung des Personals es gestatten.“

Diese Verkürzung der Arbeitszeit kann verwirklicht werden entweder durch eine Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit, oder durch das Ausscheiden eines oder mehrerer Arbeitstage in einer Woche, wobei die Arbeitszeit an den übrigen Tagen die normale bleibt. Dieses letztere Verfahren scheint das empfehlenswertere zu sein. Es hat besonders den Vorzug, bei

der Herabminderung des Lohnes der Arbeiter diesen Fahrkosten zu ersparen und ihnen zu gestatten, sich an den ihnen verfügbaren Tagen anderwärts zu beschäftigen.

Für den Fall, daß Entlassungen notwendig werden, ist es angebracht, selbstverständlich in der Reihe der Entlassungen den Verhältnissen der Familien und besonderen Fällen Rechnung zu tragen, wie den der Kriegsbeschädigten und der Unfallverletzten. Bei diesen Entlassungen sind die ausländischen Arbeiter wie die französischen Arbeiter zu behandeln. Nicht nur daß viele ausländische Arbeiter ebenso gute Mitarbeiter des Unternehmens geworden sind wie die französischen, sind die meisten ausländischen Arbeiter aus solchen Ländern, mit denen Frankreich Gegenseitigkeitsverträge abgeschlossen hat, die ihnen eine gleiche Behandlung ihrer Staatsangehörigen sichern. Andererseits hat das Arbeitsministerium immer empfohlen, die ausländischen Arbeiter immer in jeder Beziehung wie die französischen Arbeiter zu behandeln. Schließlich ist es notwendig, daß, wenn einmal die Krisenzeit vorbei sein wird, im Heimatland des Arbeiters der Ruf nach Arbeitskräften dasselbe Echo findet wie vor der Krise.

Selbstverständlich dürfte es angebracht sein, auch hier den individuellen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Es würde zum Beispiel weniger Ungelegenheiten bereiten, ausländische Ledige, die leicht verreisen, zu entlassen als französische Arbeiter, die im Lande verwurzelt sind. Es versteht sich aber von selbst, daß man immer bemüht sein muß, das französische Personal vorzuziehen, jedesmal wenn dies möglich ist, wobei man vermeiden muß, gegen die Ausländer ungerecht zu sein. Es wird notwendig sein, bei der Prüfung jedes Einzelfalles mit großer Unparteilichkeit zu Werke zu gehen.

Soweit ausländische Arbeiter in Frage kommen, die mittels Kontrakt auf bestimmte Zeit angeworben sind und deren Kontrakt noch nicht abgelaufen ist, kann von einer Entlassung nicht die Rede sein; aber der Unternehmer kann mit diesen Arbeitern eine Vereinbarung treffen, entweder um für sie eine neue Beschäftigung zu finden oder um sie auf Kosten des Unternehmens in die Heimat zu transportieren. Jede Entlassung ausländischer Arbeiter mit oder ohne Kontrakt sollte dem Arbeitsamt mitgeteilt werden.

Es müßte so vorgegangen werden, daß die vorzunehmenden Entlassungen der Arbeiterschaft das Mindestmaß von Ungelegenheiten bereitet. So könnte eine Fabrik, die Arbeiter beschäftigt, die teils auf dem Lande, teils in der Stadt wohnen, in erster Linie und bei gleichen Verhältnissen die Landbewohner entlassen, die sich leicht auf dem Lande beschäftigen können, besonders in dieser Jahreszeit. Es gibt zahlreiche Bewegungen der gleichen Art.“

Zum Schluß werden noch Anweisungen gegeben über die Einhaltung der Kündigungsfrist und über die Ausstellung von Zeugnissen, wobei ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß in das Zeugnis der Grund der Entlassung nicht eingetragen werden darf. Jedoch soll der Arbeiter eine vom Zeugnis getrennte Bescheinigung auf Verlangen ausgehändigt werden, die er beim Arbeitsamt verwenden kann.

Die Anweisung, die wir vorstehend so ausführlich wiedergegeben haben, ist in L'Usine vom 20. März 1931 abgedruckt. Wir haben absichtlich so lange mit der Veröffentlichung gewartet, um zu beobachten, ob die französischen Metallindustriellen diese Anweisung auch befolgen. Soweit wir das beobachten konnten, ist dies auch geschehen. Dafür zeugt einerseits die verhältnismäßig geringe Zahl von Arbeitslosen und die ungleich größere Zahl von Kurzarbeitern. Soweit darüber Zahlen vorliegen, übersteigt die Zahl der Kurzarbeiter, die der Arbeitslosen um ein Mehrfaches. In Deutschland ist es bekanntlich umgekehrt. J. St. J.

Sturmzeichen in Polnisch-Schlesien

In Polnisch-Schlesien steht das Wirtschaftsbarometer wiederum auf Sturm. In der Woche vom 10. bis 17. Oktober wurden 64 842 Arbeitslose gemeldet, von denen nur 18 589 irgendwelche Unterstützung beziehen, und hiervon bloß 10 480 von der Arbeitslosenversicherung. Die Arbeitslosen werden in den nächsten Wochen noch erheblichen Zuzug erhalten, weil ständig Betriebseinschränkungen vorgenommen werden. In den wichtigsten Eisenwerken wird Abteilung auf Abteilung geschlossen. Die Stilllegung der Laurahütte, in der heute nur noch gegen 1370 Leute schaffen, ist beschlossen; sie dürfte von heute auf morgen eintreten. In der Verzinckerei der Hütte ist bis heute im Monat Oktober nur eine einzige Schicht Verfahren worden.

Vor der Stilllegung steht auch die Hubertushütte bei Hohenlinde. Es muß um die Wirtschaft in dem polnischen Teil Oberschlesiens schlecht bestellt sein, wenn sogar Gerüchte über die Stilllegung der Friedenschütte umherschwirren. Auch mit der Königshütte steht es bedenklich. Die Russenaufträge sind rasch aufgearbeitet. Wenn in der allernächsten Zeit keine neuen Aufträge kommen, ist mit der Stilllegung aller Walzenstraßen zu rechnen.

Die Folge der eingetretenen und bevorstehenden Stilllegungen sind neue Massenentlassungen, zu denen die Regierung in den meisten Fällen ihre Zustimmung gibt. Da man Unruhen befürchtet, werden ganze Werksanlagen nicht auf einmal stillgelegt. In den letzten Tagen wurden auf der Friedenschütte von 212 Arbeiterentlassungen vom Demobilisierungskommissar nur 80 bewilligt, aber 100 „Beurlaubungen“ gestattet. In der Königshütte und Laurahütte wurde 900 Angestellten auf den 31. Dezember gekündigt. Bei diesen Kündigungen fällt die Methode auf. Es wurden viele Kündigungen telefonisch ausgesprochen. Außerdem haben sich die Industriegewerkschaften vor dieser Maßnahme nicht mit der Betriebsvertretung ins Einvernehmen gesetzt. Wie weit die Nichtachtung des in Polnisch-Oberschlesien immer noch geltenden Betriebsratsgesetzes geht, beweist die Tatsache, daß sogar Betriebsratsmitgliedern gekündigt wird.

Ob dieses Scharfmachertums herrscht in den Angestelltenkreisen ungeheure Erregung. Was kümmert das die Eisenkönige? Sie rüsten zu einer ganz großen Aktion, die alles, was sich bisher an sozialen Kämpfen in Gesamtoberschlesien abspielte, in den Schatten stellt. Wie der deutschsozialistische Volkswille am 19. Oktober berichtet, haben die Eisenindustriellen der Regierung mitgeteilt, daß sie 30 000 Arbeiter entlassen werden.

Zum 1. November wurden die Löhne gekündigt. Mit dem Akkordabkommen geschah es schon vor einigen Wochen. Die Regierungsstellen stimmten der Herabsetzung der Akkordsätze zu.

Aber nicht nur die Eisenkönige bereiten sich zum großen Schlag vor, auch die Kohlenbarone. So fordern sie einen zwölfprozentigen Lohnabbau. Da der Lohnstarif bis 31. Januar 1932 gilt, verlangen sie von der Regierung, daß diese den Lohnstarif durch Verordnung aufhebt. Also die Herrschaften fordern nicht nur Lohnabbau, sondern auch noch die Aushöhlung des Tarifrechts.

Die Unternehmer wünschen von der Regierung aber nicht nur Kürzung der Löhne, sondern sie wollen gleichzeitig der Sozialversicherung einen entscheidenden Stoß versetzen. Sie fordern gänzliche Beseitigung der Sozialbeiträge der Unternehmer. Sie erklären einfach, da die Arbeiter allein Nutznießer der Versicherungen seien, müßten sie auch allein die Kosten tragen.

Und wie wird sich die Regierung zu den Anschlägen der Unternehmer auf den Lohn und die Sozialversicherung stellen? Nun, in Polen besteht eine „starke nationale“ Regierung, die des Herrn Pilsudski...

